



Niederschrift über den öffentlichen Teil der 14. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Bürgerdienste (Fachausschuss 1 - F1) der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde
am 03.03.2026, 18:15 Uhr

Sitzungsort: Familiengarten Eberswalde, Tourismuszentrum, Konferenzsaal,
 Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

Art der Sitzung: Hybridsitzung

TAGESORDNUNG

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
1	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
3	Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 13. Sitzung vom 20.01.2026	
4	Feststellung der Tagesordnung	
5	Informationen des Vorsitzenden	
6	Einwohnerfragestunde	
7	Informationen aus der Stadtverwaltung	
7.1	Prüfbericht zu einer möglichen Erstellung eines Mietspiegels	
7.2	Landratswahl 2026 - aktueller Sachstand	
7.3	Sonstige Informationen	
8	Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung	
9	Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)	
9.1	Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für den Einsatz der Feuerwehr Eberswalde (Feuerwehrkostensatzung)	BV/0320/2026
9.2	Fraktion Alternative für Deutschland: Jetzt Handlungsoptionen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im Bereich Hausärzte in Eberswalde schaffen – Prüfauftrag für ein kommunales MVZ	BV/0326/2026
9.3	Fraktion CDU / FDP / Bürgerfraktion Barnim: Sicherung und strategische Weiterentwicklung der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung in Eberswalde durch Einbindung der Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG)	BV/0331/2026
10	Informationsvorlagen	
10.1	Vergabebericht im Vergabejahr 2025 - Teil 2 von 2	I/0012/2026

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
1	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	

Herr Fischer, Vorsitzender des Fachausschusses 1, eröffnet die Sitzung um 18:15 Uhr und begrüßt alle Anwesenden zur Hybridsitzung des Fachausschusses 1 der Stadt Eberswalde.

Herr Fischer informiert darüber, dass die Fraktion CDU / FDP / Bürgerfraktion Barnim ein neues stimmberechtigtes Mitglied für den Fachausschuss 1 der Stadt Eberswalde benannt habe, Herr Gerd Panzlaff.

Herr Fischer informiert weiterhin darüber, dass die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 12.02.2026 Frau Rebecca Muralt als sachkundige Einwohnerin aus dem Fachausschuss F1 abberufen habe und gleichzeitig Herrn Max-Alexander Lang als sachkundigen Einwohner in den Fachausschuss F1 einberufen habe.

Nachstehende Ausschussmitglieder dürfen mit begründeten und genehmigten Anträgen gemäß § 34 Absatz 2 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) per Videozuschaltung teilnehmen:

Teilnehmer/in	stimmberechtigt	gemäß Antrag vom:	und Genehmigung vom:
Herr Dietterle	X	28.02.2026	01.03.2026
Frau Schmitz-Seifert	X	03.03.2026	03.03.2026
Herr Seifert	X	03.03.2026	03.03.2026
Herr Zinn (Gast)		23.02.2026	25.02.2026

Herr Fischer fragt, ob die Video- und Audioübertragung funktioniert.

Teilnehmer/in	Audioübertragung:	Videoübertragung:
Herr Dietterle	✓	✓
Frau Schmitz-Seifert	✓	✓
Herr Seifert	✓	✓
Herr Zinn (Gast)	✓	✓

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	

Herr Fischer stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der F1 beschlussfähig ist.

Zu Beginn der öffentlichen Sitzung sind 10 Mitglieder, davon 7 in Präsenz und 3 per Videozuschaltung anwesend bzw. zugeschaltet, mithin **10 Stimmberechtigte (Anlage 1)**.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
3	Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 13. Sitzung vom 20.01.2026	

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
4	Feststellung der Tagesordnung	

Herr Fischer teilt mit, dass die Verwaltung vorschlägt, den Tagesordnungspunkt „Informationen aus der Stadtverwaltung“ um folgenden Punkt zu ergänzen: TOP 7.3 sonstige Informationen.

Weiterhin gibt Herr Fischer an, dass der Einreicher der Beschlussvorlage BV/0326/2026 unter TOP 9.2 den Betreff wie folgt geändert habe: **„Jetzt Handlungsoptionen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im Bereich Hausärzte in Eberswalde schaffen – Prüfauftrag für ein kommunales MVZ“**. Die Beschlussvorlage sei am Sitzungstag vorab per Mail verschickt worden und liegt als Tischvorlage vor.

Frau Kersten merkt an, dass die AfD-Fraktion schon zum zweiten Mal eine Beschlussvorlage zum gleichen Thema erst kurz vor der Sitzung eingereicht habe und dies sollte nicht zur allgemeinen Möglichkeit werden, dass sich die Ausschussmitglieder während des Ausschusses eine Meinung bilden und entscheiden müssten.

Herr Fischer fordert den Einreicher auf, zu begründen, worin die Änderungen gegenüber der bereits im F1 am 20.01.2026 abgestimmten Beschlussvorlage lägen.

Frau Schmitz-Seifert erklärt, dass es bei der vorliegenden Beschlussvorlage um die Hausärzte ginge, nicht um die Fachärzte im Allgemeinen.

Herr Fischer lässt über die geänderte Tagesordnung abzustimmen:

Abstimmungsergebnis über die geänderte Tagesordnung: mehrheitlich beschlossen

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
5	Informationen des Vorsitzenden	

Es werden keine Informationen gegeben.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
6	Einwohnerfragestunde	

Herr Fischer eröffnet die Einwohnerfragestunde um 18:18 Uhr und erklärt das Procedere entsprechend der Geschäftsordnung (vgl. § 2 GStVVEW).

6.1 Herr Wolfram Hey, Roseneck 16, 16225 Eberswalde:

- erklärt sich mit der Wiedergabe seiner persönlichen Daten einverstanden
- spreche als Vorsitzender des „Haus und Grund Eberwalde e.V.“, Verband privater Hauseigentümer; der Verein Haus und Grund habe den Prüfbericht zu einer möglichen Erstellung eines Mietspiegels zur Kenntnis genommen und begrüße diesen außerordentlich, in der Erwartung, dass dies ein erster Schritt zur Erstellung eines Mietspiegels sei und dass damit die 10-jährige Vakanz seit dem Jahr 2016 bis 2026/2027 beenden werde; durch einen Mietspiegel komme zu den bereits guten Standortfaktoren ein weiterer positiver Aspekt hinzu; des Weiteren liefere diese Maßnahme einen Beitrag des Zusammenhalts und des Abbaus von Differenzen und Spannungen in der Gesellschaft; dies wäre insbesondere für den Verein Haus und Grund, der monatlich Sprechstunden durchführe, eine Erfahrung, die man aus den Reaktionen der Mitglieder des Vereins erfahren habe; Herr Hey bringt abschließend seine Wertschätzung für die elf-seitige Arbeit der Verwaltung zum Ausdruck und wünscht den Abgeordneten gute Entscheidungen bei der weiteren Behandlung dieses Themas

Herr Fischer schließt die Einwohnerfragestunde um 18:27 Uhr.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
7	Informationen aus der Stadtverwaltung	
7.1	Prüfbericht zu einer möglichen Erstellung eines Mietspiegels	

Herr Berendt teilt mit, dass die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 10.07.2025 die Stadtverwaltung beauftragte, bis zum 4. Quartal 2025 zu prüfen, unter welchen Bedingungen ein aktualisierter Mietspiegel für die Stadt Eberswalde erarbeitet werden könne (BV/0195/2025). Gemäß Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde (GStVVEW) ist der Fachausschuss 1 – F1 zuständig, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung oder des Hauptausschusses im Themenbereich: „Mietspiegel“ vorzubereiten.

Herr Berendt stellt den Prüfbericht (**Anlage 3**) zu einer möglichen Erstellung eines Mietspiegels mittels einer Präsentation (**Anlage 2**) vor.

Abschließend führt Herr Berendt aus, dass es Vor- und Nachteile für die Erstellung eines Mietspiegels gäbe und es daher einer politischen Beratung und Abwägung bedürfe, ob ein

Mietspiegel für die Stadt Eberswalde erstellt werden solle und wenn ja in welcher Form. Er betont hierbei, dass es sich aufgrund der Einwohnerzahlen um eine freiwillige Aufgabe handeln würde – die Finanzierung also aus Eigenmitteln des Haushaltes der Stadt erfolgen müsse.

Alle Nachfragen der Ausschussmitglieder konnten beantwortet werden.

Im Anschluss gibt Herr Berendt einen Ausblick, wie die Verwaltung den Prozess zur Erstellung eines Mietspiegels weiter begleiten könne. Wenn die Politik einen entsprechenden Beschluss fassen sollte, würden die Verwaltung das Thema in den Fachausschüssen fachlich vorbereiten und für ggf. auftretende Fragen bereits vorab in den Fraktionssitzungen zu Verfügung zu stehen.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
7.2	Landratswahl 2026 - aktueller Sachstand	

Herr Berendt teilt über den aktuellen Sachstand zur Vorbereitung der Landratswahlen 2026 mit, dass der Kreiswahlausschuss am 16.02.2026 getagt habe und vier Kandidaten bestätigt seien. Die Wahlunterlagen und Stimmzettel seien im Wahlbüro eingetroffen. Ab dem 16.03.2026 werde ein Briefwahllokal im Rathaus eröffnet. Der Wahlhelferaufruf sei am 13.02.2026 auf der Website der Stadt Eberswalde gestartet und Rückmeldungen werden bereits dazu gesammelt. Es werden 222 Wahlhelfende werden gesucht. Es wird 37 Wahllokale in Eberswalde geben. Es gebe eine Änderung, so werde es nun an den Wahltagen zwei Wahllokale im Rathaus geben, Raum 217 und Raum 206. Die Stadt befände sich in enger Abstimmung mit der Kreiswahlleitung, u.a. zum Umgang mit den Briefwahlunterlagen, die zu klar verabredeten Zeiten an die Kreiswahlleitung weitergeleitet werden.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
7.3	Sonstige Informationen	

7.3.1 Herr Berendt informiert über Preiserhöhung Bundesdruckerei für Ausweisdokumente:

- er habe bereits im F1 am 09.09.2025 darüber informiert, dass die Bundesdruckerei die Preise für die Erstellung von Pass- und Ausweisdokumenten im August 2025 erhöht habe;
- die Stadt Eberswalde habe sich über die Verbände stark gemacht, dass hierbei eine entsprechende Kompensation über zulässige Gebührenerhöhungen auch gesetzlich hinterlegt werde, so dass wir nicht in den Bereich von nicht finanzierten Mehraufwendungen kämen; dies sei durch eine Gebührenerhöhung im Februar 2026 nachgezeichnet worden
- der Deutsche Städtetag informierte in einem Rundschreiben am 02.03.2026 nunmehr darüber, dass die Bundesdruckerei die Preise für Personalausweis und eAT zum 01.März 2026 erneut erhöht habe, die nun erfolgte erneute Erhöhung gehe wieder allein zu Lasten der Kommunen

7.3.2 Herr Berendt informiert über neue Öffnungszeiten der Bürgerinformation und des Pass- und Meldewesens

- in den vergangenen Jahren sei die Zahl sowie die Komplexität der zu bearbeitenden Anliegen im Pass- und Meldewesen deutlich gestiegen; neben dem direkten Publikumsverkehr würden viele Verwaltungsleistungen eine intensive Vor- und Nachbereitung, sorgfältige Prüfung von Unterlagen sowie eine umfassende Dokumentation erfordern; um eine qualitativ hochwertige Beratung sowie ein rechtssicheres Arbeiten im Bürgeramt sicherstellen zu können, müsse gewährleistet sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Anliegen mit der entsprechenden Sorgfalt vor- und nachbereiten können sowie feste Zeiten für interne Bearbeitung, Organisation und Abstimmung haben; daher sei es notwendig, die Sprechzeiten anzupassen; während das Bürgeramt seine Erreichbarkeit um einige Stunden reduziere, von derzeit 34 auf 21 Stunden in der Woche, wäre die Bürgerinformation nun 40 Stunden in der Woche erreichbar und würde den Bürgerinnen und Bürgern damit länger für allgemeine Auskünfte, ersten Orientierungshilfen sowie einfachen Anliegen flexibel und bürgernah zur Seite stehen; die Bürgerinformation diene als erste Anlaufstelle und unterstütze Bürgerinnen und Bürger bei Fragen zu Zuständigkeiten, Formularen und Abläufen; mit dieser Anpassung verfolge die Stadtverwaltung das Ziel, Servicequalität und Erreichbarkeit gleichermaßen zu stärken sowie die Verwaltungsabläufe effizienter zu gestalten
- Ab Montag, 16. März 2026, gelten folgende Öffnungszeiten für das Pass- und Meldewesen:
 - Montag: für Besucherverkehr geschlossen
 - Dienstag: 08:00 Uhr bis 11:30 Uhr sowie 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
 - Mittwoch: für Besucherverkehr geschlossen (Flexibler Tag - Terminvergabe)
 - Donnerstag: 08:00 Uhr bis 11:30 Uhr sowie 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
 - Freitag: 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr

- Ab Montag, 16. März 2026, gelten folgende Öffnungszeiten für die Bürgerinformation:
 - Montag: 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr
 - Dienstag: 08:00 Uhr bis 18:00 Uhr
 - Mittwoch: 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr
 - Donnerstag: 08:00 Uhr bis 18:00 Uhr
 - Freitag: 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr

7.3.3 Herr Berendt informiert zur Fortschreibung des kommunalen Finanzausgleichs

- der Finanzausgleich innerhalb des Landes Brandenburg, also wieviel Schlüsselzuweisungen die einzelnen Kommunen bekommen können, welche eine wesentliche Ertragsposition für den Haushalt sei, werde über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) geregelt
- diese Regelung soll überarbeitet und neu novelliert werden
- eine erste Einschätzung des Städte- und Gemeindebund über die bevorstehende Novellierung des kommunalen Finanzausgleichs zum Ausgleichsjahr 2027 läge vor
- die Prüfung sei über drei Betrachtungsebenen erfolgt:
 1. Vertikaler Finanzausgleich (Verbundquote) – Gutachter hätten hier keine Anpassung empfohlen, also bleibe diese bei 22,43 %

2. Horizontaler Finanzausgleich (Teilschlüsselmassen) – auch hier keine Anpassung
 3. Horizontaler Finanzausgleich (Hauptansatzstaffel) – hier sage ein Gutachten aus, dass es Sinn ergebe, entsprechende Anpassungen vorzunehmen, da sich die Hauptansatzstaffel bisher nur an der Einwohnerzahl orientierte, dies aber den tatsächlichen Aufgaben einer Gemeinde nicht gerecht werde. Der Bedarf solle sich also künftig nach einer aufgabenorientierten Methode ermitteln.
- die Landesministerien wollen sich bis zum Herbst 2026 beraten, um die Novellierung des FAG zum Jahresende zu verabschieden
 - Herr Berendt werde den aktuellen Sachstand fortlaufend im F1 darlegen

7.3.4 Herr Broschell

- teilt mit, dass Frau Anke Moll am 04.05.2026 eine Hausarztpraxis in der Carl-von-Ossietzky-Straße eröffnen werde; sie habe eine Ärzteförderer erhalten.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
8	Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung	

8.1 Frau Kersten:

- erkundigt sich nach dem Erfüllungsstand des im Rahmenarbeitsplan 2026 ausgewiesenen Punktes: „OZG-Maßnahmen (Onlinezugangsgesetz) - Vorstellung Umsetzungsstand in der Stadtverwaltung“; besonders Wichtig sei die Information, welche Auswirkungen und Erleichterungen sich aus der Digitalisierung der Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger und für die Tätigkeit der Mitarbeitenden der Verwaltung ergäben, sowie Prognosen für die zukünftige Arbeit im Hinblick auf Mobile Arbeit und die damit verbundene Verringerung der Platzbedarfe und Kosten

Herr Berendt erklärt, dass er mit Frau Gehrike, Leiterin des Referats für digitale Verwaltung und Organisationsentwicklung, derzeit im engen Austausch sei. Aufgrund notwendiger Anpassung von Regularien der AGO (Allgemeine Geschäftsordnung) beständen große Bearbeitungspakete, die mit einem nicht voll besetzten Team, aufgrund ausgeschiedener Mitarbeiter, nicht bis zum ersten Quartal 2026 abschließend bearbeitet werden konnten, so dass die Vorstellung des Umsetzungsstandes der OZG-Maßnahmen verschoben werden musste. Ab dem 01. März sei das Team im Referat wieder vollständig. Herr Berendt werde sich zur zeitlichen Einordnung dieser Aufgabe in den Rahmenarbeitsplan mit Herrn Fischer absprechen, fokussiert sei aber eine Vorstellung spätestens zum 3. Quartal 2026

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9	Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)	
9.1	Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für den Einsatz der Feuerwehr Eberswalde (Feuerwehrkostensatzung)	BV/0320/2026

Die Fragen der Ausschussmitglieder wurden in der Sitzung beantwortet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Bürgerdienste empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachfolgende Beschlussfassung vorzunehmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde beschließt die als Anlage 1 beige-fügte Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für den Einsatz der Feuerwehr Eberswalde (Feuerwehrkostensatzung) einschließlich ihrer Anlage Kostenverzeichnis.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9.2	Fraktion Alternative für Deutschland: Jetzt Handlungsoptionen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im Bereich Hausärzte in Eberswalde schaffen – Prüfauftrag für ein kommunales MVZ	BV/0326/2026

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9.3	Fraktion CDU / FDP / Bürgerfraktion Barnim: Sicherung und strategische Weiterentwicklung der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung in Eberswalde durch Einbindung der Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG)	BV/0331/2026

Herr Berendt weist darauf hin, dass in der Zeit in der der Bürgermeister nicht im Dienst sei, eine Verhinderungsververtretung nicht in allen Gremien gegeben ist, viele Funktionen seien gebunden an das Mandat des Hauptverwaltungsbeamten. Bezugnehmend auf die Inhalte des Beschlussvorschlages stellt Herr Berendt fest, dass die gemeinsame Zielrichtung unstrittig sei – eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung in der Stadt. Mit der vorliegenden Beschlussvorlage werde aber suggeriert, dass die städtischen Einflussmöglichkeiten deutlich weitgehender seien, als sie sich real darstellen würden und somit Erwartungen erzeugen, sowohl an die Stadt, als auch an den Bürgermeister, die nicht erfüllbar seien.

Herr Berendt empfiehlt, um einen rechtlich zulässigen, politisch realistischen und fachlich anschlussfähigen Beratungsvorschlag aufzubauen und zu formulieren, folgenden Beschlussvorschlag, der aus zeitlichen Gründen noch nicht mit dem Einreicher abgestimmt sei.

Angepasster Beschlussvorschlag von Herrn Berendt:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister im Rahmen der gesellschafts-rechtlichen Mitwirkungsrechte der Stadt Eberswalde darauf hinzuwirken, dass die GLG ein gemeinsames Netzwerk initiiert, durch das dann ein strategisches Konzept für die zukünftige bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung in Eberswalde entwickelt wird. Das Konzept soll insbesondere die aktuellen und zukünftigen medizinischen Versorgungsbedarfe der Bevölkerung analysieren, die Auswirkungen der Krankenhausreform, der Notfallreform und der Ambulantisierung berücksichtigen; bestehende ambulante, stationäre, pflegerische und rehabilitative Strukturen im GLG-Verbund und im Stadtgebiet einbeziehen; die Möglichkeiten einer verbesserten, sektorübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern, Kliniken, MVZ's, niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und weiteren Leistungserbringern aufzeigen und Optionen für ein regional abgestimmtes Versorgungsmodell darstellen. Der Bürgermeister berichtet hierzu fortlaufend der Stadtverordnetenversammlung über den Stand bzw. neue Entwicklungen.

Herr Maskow zieht als Einreicher der Beschlussvorlage diese für die heutige Sitzung zurück.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10	Informationsvorlagen	
10.1	Vergabebericht im Vergabejahr 2025 - Teil 2 von 2	I/0012/2026

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Bürgerdienste nimmt den Vergabebericht im Vergabejahr 2025 - Teil 2 von 2 zur Kenntnis.

Herr Fischer beendet den öffentlichen Teil des F1 um 19:55 Uhr.

Kurt Fischer
Vorsitzender des
Fachausschusses 1

Marei Schuster
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Kurt Fischer
- **stimmberechtigtes Mitglied**
Oskar Dietterle per Videozuschaltung
Maximilian Fritsche vertreten durch Herrn Seifert
Irene Kersten
Christoph Maskow
Christian Mertinkat
Gerd Panzlaff
Sarah Polzer-Storek
Michaela Schmitz-Seifert per Videozuschaltung
Thomas Stegemann
- **sachkundige Einwohner/innen**
Kristin Baier entschuldigt
Tim Eggebrecht
Thomas Hilbig
Max-Alexander Lang ab 18:30 Uhr anwesend
Robert Lüdke
Conrad Morgenroth entschuldigt
Bernd Pfeifer
Petra Walter
Andrea Zilske ab 18:18 Uhr anwesend
- **Dezernent/in**
Maik Berendt
- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Dr. Charlotte Canditt
Martin Fügner
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Alexander Broschell
Helmut Colberg
Jessica Huwe
Anna Klan
Sandra Rasch
Marei Schuster Ausschussbetreuung
- **Gäste**
Carsten Zinn per Videozuschaltung